

A. Kur

Forts.: Namens- und Bildnisschutz

II. Schutz des Rechts am eigenen Bild, § 22 ff. KUG

Vorbemerkung; Verhältnis zum Allgemeinen Persönlichkeitsrecht: Die Regelung des Bildnisschutzes in §§ 22 KUG ist ursprünglich als Einschränkung des Rechts des Bildnisurhebers gegenüber den Persönlichkeitsinteressen des Abgebildeten entstanden. Mit der wachsenden Bedeutung der gewerblichen Vermarktung des äußeren Erscheinungsbildes vor allem bekannter Personen haben sich diese Vorschriften zu einem eigenständigen und praktisch außerordentlich wichtigen Bereich des Schutzes von Persönlichkeitsrechten entwickelt. Die §§ 22 ff. KUG sind 1965 nicht in die Neuordnung des UrhG aufgenommen worden, weil sie einer Gesamtregelung der Persönlichkeitsrechte vorbehalten bleiben sollten; zu dieser ist es jedoch bis heute nicht gekommen. Soweit der Anwendungsbereich der Vorschriften greift, gehen die §§ 22 ff. dem Allgemeinen Persönlichkeitsrecht vor. Dieses bleibt jedoch anwendbar, soweit ein Schutz nach § 22 KUG nicht gewährt werden kann, aber dennoch persönlichkeitsrechtlich geschützte Interessen berührt sind (s. dazu noch die Ausführungen zum Allgemeinen Persönlichkeitsrecht, unten).

a) Gegenstand des Schutzes und Schutzvoraussetzungen

Als „Bildnis“ (im Gegensatz zum „Bild“) ist nur die Darstellung einer Person in ihrer dem Leben entsprechenden Erscheinung geschützt (s. auch § 60 UrhG). Der Schutz gilt auch für Verstorbene. Maßgeblich ist die *Erkennbarkeit* der abgebildeten Person. Auch die Abbildung von Doubles oder „Look-Alikes“ kann erfasst sein, wenn dadurch der Eindruck erzeugt wird, dass es sich um die dargestellte Person selbst handelt – so vor allem bei bekannten Personen (s. BGH GRUR 2000, 715 – Der blaue Engel). Wie groß die Ähnlichkeit sein muss – ob bereits das „Zitieren“ bestimmter charakteristischer Merkmale genügt, ist nicht völlig geklärt. Grundsätzlich genügt es, wenn die abgebildete Person hinreichenden Grund zu der Annahme hat, dass sie erkannt werden kann, wobei in erster Linie auf diejenigen abzustellen ist, die mit dem Betreffenden vertraut sind (Bekanntenzirkel), da gerade gegenüber diesen Personen ein Interesse an der Wahrung der Privatsphäre und Anonymität besteht.

b) Inhalt und Umfang des Schutzes

aa) Verbotene Handlungen

Untersagt sind gem. § 22 KUG das Verbreiten oder öffentliche Zurschaustellen. Die Anfertigung sowie die Vervielfältigung von Bildnissen fallen somit nicht unter die Bestimmungen des KUG; insoweit muss auf das Allgemeine Persönlichkeitsrecht zurückgegriffen werden (s. bereits BGH GRUR 1957, 494 – Spätheimkehrer). Eine analoge Anwendung von § 22 KUG kommt wegen des Strafcharakters der Vorschrift nicht in Betracht.

Die Definition des *Verbreitens* entspricht derjenigen in §§ 15, 17 UrhG, d.h. sie erfasst jede Art der Verbreitung körperlicher Exemplare. Unbeachtlich ist, ob die Verbreitung zu kommerziellen Zwecken oder gegenüber der Öffentlichkeit erfolgt. Zurschaustellen ist das Sichtbarmachen des Bildes im weitesten Sinn, d.h., Dritten die Möglichkeit zu verschaffen, das Bildnis wahrzunehmen.

bb) Einwilligung

Rechtsnatur: Die Rechtsnatur der Einwilligung (als negatives Tatbestandsmerkmal oder als Rechtfertigungsgrund) ist umstritten; richtigerweise dürfte jedoch davon auszugehen sein, dass die Einwilligung bereits den Tatbestand entfallen lässt.

Erteilung: Die Einwilligung kann sowohl *ausdrücklich* als auch *konkludent* erfolgen.

- Für die ausdrückliche Einwilligung gilt kein Formerfordernis (Schriftform ist jedoch aus Beweisgründen anzuraten).

- An den Nachweis einer konkludenten Einwilligung sind strenge Anforderungen zu stellen; sie setzt voraus, dass das Schweigen die Einwilligung aus der Sicht des Erklärungsempfängers eindeutig zum Ausdruck gebracht hat (z.B. liegt in der spontanen Beantwortung von Fragen vor laufender Kamera nicht notwendig eine Einwilligung in die spätere Sendung; OLG Hamburg GRUR-RR 2005,140).
- Die Einwilligung ist in jedem Fall unwirksam, wenn dem Einwilligenden Zweck, Art und Umfang der geplanten Verwendung des Bildnisses nicht bekannt waren. Zu beachten sind ferner auch §§ 134, 138 BGB. Im Hinblick auf die Einwilligung Minderjähriger ist umstritten, ob die §§ 104 BGB Anwendung finden, oder ob es insoweit auf Grundrechtsmündigkeit und konkrete Einsichtsfähigkeit ankommt.

Vermutung der Einwilligung: Nach § 22 Satz 2 wird die Einwilligung vermutet, wenn der Abgebildete eine Entlohnung erhalten hat. Inhaltlich dürfte sich diese Vermutung (nur) auf die nach dem vorausgesetzten Zweck des zugrunde liegenden Vertrages notwendigen Handlungen erstrecken (Parallele zur urheberrechtlichen „Zweckübertragungstheorie“, § 31 Abs. 5 UrhG). So wird davon ausgegangen, dass die Einwilligung in die Veröffentlichung eines Bildnisses grundsätzlich nicht dessen *Verwendung zu Werbezwecken* abdeckt (BGH GRUR 1956, 427 – Paul Dahlke).

c) §§ 23, 24 KUG: Schranken

aa) § 23 KUG

§ 23 KUG Abs. 1 erlaubt die Vornahme von Handlungen i.S.d. § 22 in bestimmten Fällen auch ohne Einwilligung des Abgebildeten:

- wenn es sich um Personen der Zeitgeschichte handelt;
- wenn die Person lediglich als „Beiwerk“ in einem Landschaftsphoto o.ä. erscheint;
- wenn das Bild eine Versammlung o.ä. dokumentiert, an der die Person teilgenommen hat;
- wenn die Verbreitung oder Zurschaustellung einem höherrangigen Interesse der Kunst dient.

Nach § 23 Abs. 2 ist jedoch in allen diesen Fällen eine Interessenabwägung vorzunehmen, d.h. es ist zu prüfen, ob die Verbreitung ein berechtigtes Interesse der abgebildeten Person (bzw. bei Verstorbenen: der Angehörigen) verletzt.

Bedeutung: In § 23 KUG konkretisiert sich die grundgesetzlich gebotene Abwägung widerstreitender, gleichermaßen verfassungsrechtlich geschützter Interessen – der persönlichen Interessen des Abgebildeten einerseits, und der Presse- und Informationsfreiheit sowie der Freiheit der Kunst andererseits. Die Anwendungsfälle der Vorschrift und die dazu ergangene Rechtsprechung sind entsprechend komplex. Tendenziell lässt sich jedoch sagen, dass den öffentlichen Interessen (vor allem der Presse- und Informationsfreiheit) in der deutschen Rechtsprechungspraxis Vorrang vor rein persönlichen Interessen eingeräumt wird. Dieser Ansatz wurde vom Europäischen Menschenrechtsgerichtshof (EGMR) in seiner Caroline-Urteil kritisiert (GRUR 2004, 1051 – Caroline von Hannover; s. dazu den Aufsatz von Ohly, GRUR Int. 2004, 902). Im folgenden wird die Problematik der Schrankenbestimmung exemplarisch am Anwendungsfall des § 23 Nr. 1 aufgezeigt, der dem Caroline-Fall zugrunde lag.

Personen der Zeitgeschichte: Als Personen „aus dem Bereich der Zeitgeschichte“ i.S.d. § 23 Nr. 1 gelten nach der üblichen Definition alle Personen, die ständig oder auch nur vorübergehend im Blickfeld wenigstens eines Teils der Öffentlichkeit stehen und an denen die Allgemeinheit ein legitimes Informationsinteresse hat. „Zeitgeschichte“ in diesem Sinn umfasst das gesamte politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Leben sowie alles was Gegenstand der Aufmerksamkeit, Wissbegier oder Anteilnahme der Öffentlichkeit ist. Ein dauerhaftes Interesse ist nicht erforderlich.

Je nach ihrer geschichtlichen Bedeutung wird zwischen *absoluten* und *relativen* Personen der Zeitgeschichte unterschieden.

- Absolute Personen der Zeitgeschichte sind nach der herkömmlichen Definition alle Personen, die durch Geburt, Stellung, Leistung, Taten oder Untaten unter den Mitmenschen außergewöhnlich hervorrangen; dazu gehören grundsätzlich auch Personen wie die Prinzessin von Monaco und Ehefrau des Prinzen von Hannover. Der EGMR will diesen Kreis hingegen im Wesentlichen auf *Politiker* beschränken (zu den Auswirkungen s. noch unten).
- Zu den relativen Personen der Zeitgeschichte zählen diejenigen die – wenn auch gegen ihren Willen – mit der Zeitgeschichte derart in Berührung kommen, dass sie das Informationsinteresse der Zeitgenossen nur für beschränkte Zeit und in beschränktem Umfang

auf sich ziehen. Der Bildnisschutz solcher Personen ist nur insoweit nach § 23 Nr. 1 KUG eingeschränkt, als es um die Berichterstattung im Zusammenhang mit dem Ereignis oder sonstigen Anlass geht, der dem Informationsinteresse zugrunde liegt.

(Bisherige) Bedeutung der Abwägung nach Abs. 2: Obwohl aufgrund der herkömmlichen Unterscheidung die Abbildung von absoluten Personen der Zeitgeschichte für Zwecke der Berichterstattung im Rahmen des Abs. 1 ungeachtet des speziellen Zusammenhangs möglich war, bedeutete dies nicht, dass solche Abbildungen tatsächlich uneingeschränkt erfolgen durften. Insoweit war vielmehr noch die Interessenabwägung nach Abs. 2 vorzunehmen. Danach wurde bisher davon ausgegangen, dass die Informationsinteressen als vorrangig anzusehen sind, wenn sich die Person in der Öffentlichkeit bewegt (wobei als „nicht öffentlich“ auch solche Orte angesehen werden, die zwar nicht dem häuslichen Bereich zuzurechnen, jedoch „abgeschieden“ sind, so dass die Person davon ausgehen kann, nicht den Blicken Dritter ausgesetzt zu sein). In diesem Punkt muss allerdings nach der Entscheidung des EGMR eine Korrektur vorgenommen werden: Soweit man nicht ohnehin eine Einengung des Begriffs der absoluten Person der Zeitgeschichte vornimmt (s. dazu bereits oben), ist bei der Interessenabwägung den Belangen des Abgebildeten künftig selbst dann Vorrang einzuräumen, wenn er sich in der Öffentlichkeit bewegt, ohne sich jedoch seinen „öffentlichen Funktionen“ zu widmen.

„*Abgestuftes Schutzkonzept des BGH*“: Ohne sich von seiner bisherigen Rechtsprechung völlig abzuwenden, hat der BGH nach der Entscheidung des EGMR ein von ihm selbst so bezeichnetes „abgestuftes Schutzkonzept“ entwickelt (BGH GRUR 2007, 523 – Abgestuftes Schutzkonzept). Danach sind Bildveröffentlichungen ohne Einwilligung des Betroffenen grundsätzlich zulässig, wenn sie „Personen der Zeitgeschichte“ sind oder im Zusammenhang mit einem „Ereignis des Zeitgeschehens“ stehen, wobei letzteres weit auszulegen ist. Allerdings ist das Informationsinteresse der Öffentlichkeit, das in diesem Fall eine ungenehmigte Veröffentlichung zu rechtfertigen vermag, nicht schrankenlos, sondern muss durch den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit begrenzt werden. Die insoweit vorzunehmende Abwägung gründet sich in diesen Fällen in der Regel auf eine Gegenüberstellung der Informationsinteressen einerseits und der Schwere der Beeinträchtigung andererseits: Je größer der Informationswert für die Öffentlichkeit ist, desto mehr muss das Schutzinteresse desjenigen, über den informiert wird, hinter den Informationsbelangen der Öffentlichkeit zurücktreten, und umgekehrt. Die Bekanntheit einer Person spielt dabei nur mittelbar eine Rolle, da sie typischerweise das Informationsinteresse der Öffentlichkeit beeinflusst (BGH GRUR 2009, 150 – Karsten Speck; BGH GRUR 2009, 1085, 1087 – Günter Jauch). Auch die „Abgeschiedenheit“ oder „Öffentlichkeit“ der Örtlichkeit, an der die Fotos entstanden sind, kann die Abwägung der Interessen beeinflussen.

Dass die neuen Maßstäbe nicht einfach anzuwenden sind und zu zahlreichen Unsicherheiten führen, zeigt sich in der großen Anzahl der Entscheidungen aus jüngerer Zeit, die bis zum BGH verfolgt werden.

Beispiele:

BGH GRUR 2007, 446 – „kerngleiche“ Berichterstattung (keine vorbeugende Unterlassungsklage gegen künftige Bildveröffentlichungen)

BGH GRUR 2007, 899 – Grönemeyer: Veröffentlichung von Urlaubsfotos mit Begleiterin (unzulässig)

GRUR 2009, 86 – Bericht über Gesundheitszustand von Prinz Ernst August von Hannover mit Veröffentlichung von Bildern aus dem Skiurlaub (unzulässig, da „höchstpersönlich“ und zu einer Zeit entstanden, als der Kläger die Öffentlichkeit noch nicht über seine durch Alkoholmissbrauch angeschlagene Gesundheit informiert hatte)

BGH GRUR 2009, 150 – Karsten Speck: Fotos vom Hafturlaub (zulässig)

BGH GRUR 2009, 1086 – Wer wird Millionär?: Foto von Günter Jauch auf der Titelseite eines Rätselhefts (unzulässig wegen äußerst geringem Informationsinteresse der Öffentlichkeit).

BGH GRUR 2010, 1029 – Charlotte im Himmel der Liebe (als solche nicht zu beanstandende Wortbeiträge zu einer angeblichen Liebesbeziehung der von Charlotte Casiraghi dürfen von Fotos begleitet werden, die bei größeren gesellschaftlichen Ereignissen aufgenommen wurden, auch wenn diese zT bereits einige Zeit zurückliegen, so dass kein unmittelbarer Zeitbezug mehr vorliegt).

bb) § 24 KUG

Nach § 24 KUG ist die Vervielfältigung, Verbreitung und öffentliche Zurschaustellung „für Zwecke der Rechtspflege und der öffentlichen Sicherheit“ zulässig. Anwendung findet die Vorschrift vor allem im

Zusammenhang mit der Veröffentlichung von Fahndungsphotos. § 24 KUG deckt nur den Eingriff in das Persönlichkeitsrecht; die Voraussetzungen für die Anordnung solcher Maßnahmen richten sich nach der *StPO* (§ 81 b, 131 StPO). Anders als in § 23 erfolgt bei § 24 keine Interessenabwägung im Einzelfall; zu beachten bleibt jedoch das verfassungsrechtliche Gebot der *Verhältnismäßigkeit*.

d) Rechtsfolgen

Die im KUG geregelten Sanktionen betreffen die Strafbarkeit (§ 33) sowie das Recht auf Vernichtung oder Übernahme des Bildnisses und der (ausschließlich) zu seiner Herstellung bestimmten Vorrichtungen, das auf Antrag sowohl im Zivil- wie im Strafverfahren geltend gemacht werden kann. Die in der Praxis wesentlich wichtigeren Ansprüche auf Unterlassung, Beseitigung, Schadenersatz und aus ungerechtfertigter Bereicherung sind auf § 823 sowie § 1004 BGB zu stützen; das Recht am eigenen Bild ist als Persönlichkeitsrecht ein „sonstiges Recht“ i.S.v. § 823 Abs. 1 BGB. Ebenso wie bei der Verletzung von Persönlichkeitsrechten wird auch bei Verletzung von § 22 KUG *Schmerzensgeld* gewährt.